

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 946-48 ppbn d

Inhalt

Staatssekretär Alwin
Brück MdB zieht eine Bi-
lanz der entwicklungs-
politischen Ausgaben.

Seite 1-3

Jürgen Egert MdB kriti-
siert die Pharma-Indu-
strie: Arzneimittelfor-
schung ist nicht gefähr-
det.

Seite 4

Klaus Thüsing MdB for-
dert ein energischeres
Vorgehen gegen den Neo-
nazismus.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:

Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

29. Jahrgang / 92

17. Mai 1978

Zusammenhänge erklären

Mit Zahlen jonglieren, die Entwicklungspolitik diskreditieren

Von Alwin Brück MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für
wirtschaftliche Zusammenarbeit

In einem Artikel im Deutschland-Union-Dienst hat der Bundestagsabgeordnete Höffkes den Rückgang der deutschen Entwicklungshilfeleistungen kritisiert. Es ist sein gutes Recht, sich über die Höhe dieser Leistungen Gedanken zu machen. Allerdings muß man von einer einheitlichen Basis ausgehen, um Zahlen miteinander vergleichen zu können. Herr Höffkes vergleicht aber, was nicht zu vergleichen ist, nämlich die Steigerung des BMZ-Haushalts (Einzelplan 23) von 1976 auf 1977 mit dem Rückgang des Anteils der deutschen öffentlichen Leistungen am Bruttosozialprodukt der Bundesrepublik von 1976 auf 1977.

Wir haben es hier mit zwei verschiedenen Größen zu tun: Einmal mit dem BMZ-Haushalt; zum zweiten mit den "öffentlichen Leistungen", die von der OECD für alle Geberländer einheitlich definiert sind. An diesen "öffentlichen Leistungen" hat zwar der Haushalt des BMZ den größten Anteil, dazu kommen aber die Aufwendungen anderer Bundesministerien, des ERP-Vermögens, der Bundesländer und anderer Gebietskörperschaften. Wichtig ist aber auch, daß von diesen "öffentlichen Leistungen" Tilgungszahlungen der Empfängerländer aus Entwicklungskrediten gleich abgezogen werden. Aus all diesen Gründen können daher "öffentliche Leistungen" und BMZ-Haushalt nicht miteinander verglichen werden.

Wie sieht nun die Entwicklung des BMZ-Haushalts aus? Er betrug 1975 3.258 Millionen DM, 1976 3.004 Millionen DM, 1977 3.217 Millionen DM und 1978 beträgt er 3.989 Millionen DM. In 1975 reichten die Mittel nicht aus; sie mußten im Nachtragshaushalt um 300 Millionen DM erhöht werden. 1976 war trotz sparsamer Verwaltung mit der bewilligten Summe auch nicht auszukommen. Sie wurde im Wege überplanmäßiger Ausgaben um

73 Millionen DM aufgestockt. 1977 gab es dann wieder einmal eine sogenannte Minderausgabe von 158 Millionen DM.

Wieso kommt es zu derartigen Schwankungen? Es ist wohl für jeden einsichtig, daß die Durchführung von Projekten in Entwicklungsländern nicht so reibungslos verlaufen kann, wie beispielsweise ein Bauvorhaben in der Bundesrepublik. Aber selbst bei uns verläuft nicht alles nach Plan: Baureife Planungen werden verworfen und geändert, oder Firmen halten ihre Termine nicht ein. Wenn man zu diesen, auch in unserem Land maßgeblichen Erscheinungen noch die speziellen Erschwernisse im Entwicklungsländ hinzuzählt, wie klimatische Schwierigkeiten, mangelhafte Transportverbindungen, unterschiedliche Denkweisen der Menschen und einige Merkmale der sogenannten "Unterentwicklung", dann hat man das Bündel von Erschwernissen zusammen, mit denen man sich auch bei der Ausführung des BMZ-Haushalts herumschlagen muß.

Hinzu kommt, daß wir unser Geld ja nicht einfach überweisen, sobald der Haushalt vom Parlament verabschiedet und rechtskräftig geworden ist. Unsere Projekte in den Entwicklungsländern sind sorgfältig geplant und laufen über Jahre. Wir haben uns mit Hilfe der im Haushalt ausgebrachten Verpflichtungsermächtigungen zwar verpflichtet, die zur Finanzierung notwendigen Kredite oder Zuschüsse zu gewähren, aber ausgezahlt wird nur nach Projektfortschritt. Wenn nun aber beispielsweise für das Kraftwerk eines Staudamms im Entwicklungsland die Turbinen aus der Bundesrepublik noch nicht geliefert sind, dann wird natürlich auch noch nicht die Lieferfirma bezahlt. Wenn das Empfängerland bei der Technischen Hilfe beispielsweise seine vertraglich vereinbarten Vorleistungen noch nicht erbracht hat, dann können unsere Experten mit ihren Ausrüstungen eben noch nicht ausreisen.

Aber auch noch anderes kann sich auf den Mittelabfluß auswirken: Die Dollarparität verändert sich, was bei der Aufstellung des Haushaltsentwurfes durch die Bundesregierung 12 Monate vorher noch nicht zu erkennen war. Damit ergeben sich Minderausgaben beispielsweise bei unseren Leistungen an regionale Entwicklungsbanken, wenn diese Leistungsverpflichtung in US-Dollar beziffert ist. Im Bereich der Nahrungsmittelhilfe besteht die Verpflichtung nicht in Geld, sondern in bestimmten Mengen, also zum Beispiel in Tonnen Weizen. Wenn der Weltmarktpreis sinkt, entstehen Minderausgaben.

So sind auch die Schwankungen in den vergangenen Jahren zustande gekommen. Die 300 Millionen DM zusätzlich im Nachtragshaushalt 1975 waren für finanzielle Zusammenarbeit be-

stimmt. Wider Erwarten sind Lieferungen aus Deutschland rascher durchgeführt, Rechnungen der deutschen Wirtschaft demnach früher als erwartet präsentiert worden. Der Grund dafür war damals wohl, daß mit dem Abklingen der Hochkonjunktur die Lieferfristen der Firmen schrumpften. Im Jahre 1976 waren es insbesondere unerwartet hohe Anforderungen der Europäischen Gemeinschaft, die bei ihren Entwicklungsmaßnahmen zu einer Beschleunigung der Auszahlungen gekommen war. 1977 führten mehrere Gründe wiederum zu Minderausgaben. Davon war die Minderausgabe bei der finanziellen Zusammenarbeit in Höhe von 123 Millionen DM der größte Brocken. Auf den ersten Blick scheint dieser Betrag, der sich aus Verzögerungen beim Fortschritt einiger Projekte ergibt, sehr hoch. Wenn man sich aber andererseits ins Gedächtnis ruft, daß die Gesamtsumme der offenen deutschen Verpflichtungen in der finanziellen Zusammenarbeit mehrere Milliarden beträgt - aufgeteilt auf viele Jahre, viele Länder und viele Projekte - dann müßte eher überraschen, daß bei den oben geschilderten Schwierigkeiten in der Projektabwicklung die Streubreite der Abweichungen nicht größer ist.

Das System des Bundeshaushalts mit seinen getrennten Ansätzen für Barausgaben und Verpflichtungsermächtigungen soll auch verhindern, daß gegen Jahresende Gelder hinausgejagt werden, nur mit dem Ziel, den Haushalt zu räumen. Derartiges würde den Entwicklungsländern wenig nützen: Die Gelder könnten so überstürzt nicht optimal eingesetzt werden. Das Entwicklungsland müßte sich aber derartige Zahlungen in den folgenden Jahren anrechnen lassen und - falls als Kredit vergeben - dafür auch noch Tilgungen und Zinsen zahlen. Minderausgaben werden in der Haushaltsrechnung ordnungsgemäß ausgewiesen und stehen teilweise auch im folgenden Jahr für eine Inanspruchnahme als Haushaltsreste unter bestimmten Umständen wieder zur Verfügung.

Entwicklungspolitiker aller Parteien sollten versuchen, diese Zusammenhänge zu erklären und nicht zulassen, daß die Entwicklungspolitik durch technisch-budgetäre Details eine unsachliche Diskreditierung erfährt. Aufgrund der Ermächtigungen des Haushalts geht die Bundesregierung zunächst Verpflichtungen gegenüber den Empfängerländern ein. Beide Teile bemühen sich im Anschluß daran, den Abfluß der Mittel für die vereinbarten Maßnahmen zügig und wirkungsvoll, nicht aber im Einzelfall überstürzt und damit ineffizient zu gestalten. Was in einem Haushaltsjahr im Rahmen der Gesamtverpflichtung der Bundesrepublik gegenüber einem bestimmten Land nicht abfließt, muß diesem Land natürlich im nächsten oder einem der folgenden Jahre gewährt werden. Von besonderer Wichtigkeit ist deshalb in jedem Fall die Höhe der sogenannten Verpflichtungsermächtigungen im Haushalt. Diese aber hat das BMZ auch 1977 voll in Anspruch genommen. (-/17.5.1978/vo-he/10)

Pharma-Industrie argumentiert zu vordergründig

Gefahren für die Arzneimittelforschung durch Kostendämpfung ?

Von Jürgen Egert MdB

Obmann der SPD-Fraktion im Bundestagsausschuß für Arbeit und Sozialordnung

Der Hauptgeschäftsführer des Bundesverbandes der Pharmazeutischen Industrie, Dr. Hans-Otto Scholl, hat in einem Interview behauptet, die in Folge des Kostendämpfungsgesetzes (KVKG) erfolgte "ganz abrupte Änderung des Verschreibensverhaltens der Ärzte" bedrohe die Forschung in der Pharma-Industrie. Wenn von ihm beklagt wird, daß die Ärzte nicht nur mengenmäßig weniger, sondern in stärkerem Maße auch billiger verschrieben hätten, so verdient dies Beachtung. Genau dies nämlich lag in der Absicht des Kostendämpfungsgesetzes. Nun muß, wie Herr Dr. Scholl zu unterstellen scheint, dieses billiger und weniger ja nicht gleichbedeutend mit schlechter für den Patienten sein. Dies wäre eine eigenartige Logik, basierte sie doch auf dem Schluß, mit steigendem Arzneimittelkonsum nehme die Gesundheit der Patienten zu.

Ein weiteres kommt hinzu. In Zeiten besonders hohen "Konsums" auch teurer Arzneimittel wurde von der Pharma-Industrie unter anderem das Argument angeführt, Ärzte verschrieben und Patienten verlangten überwiegend teure Medikamente, weil sie nach dem falschen Grundsatz urteilten, besonders teuer sei auch besonders gut. Auch wir haben dieses Argument geteilt: Teuer ist nicht gleichbedeutend mit gut. Aber wenn dies damals so war, warum versucht man heute den Umkehrschluß zu präsentieren, nämlich billig sei gleich schlecht? Wenn besonders teure Arzneimittel nicht gleich auch besonders gute sein müssen, müssen billige nicht gleich auch schlechte sein.

Was soll in diesem Zusammenhang eigentlich die Äußerung, durch das Kostendämpfungsgesetz müsse sich der Arzt gezwungen fühlen, "im wesentlichen nur noch auf den Preis der Arzneimittel zu achten"? Welches Kostendämpfungsgesetz gibt eigentlich Anlässe für solche Zwänge? Nicht das KVKG! Dort ist lediglich festgehalten, daß auch die Preiswürdigkeit des Medikaments Kriterium der Verschreibung ist, allerdings eins unter mehreren. Im Gesetz steht nichts anderes, als die konkretere Ausfüllung des Wirtschaftlichkeitsgebotes der Reichsversicherungsordnung. Und die gibt es bekanntlich seit 1911.

Bei alledem ist und bleibt unbestritten, daß die SPD-Bundestagsfraktion die Innovation im Arzneimittelbereich für wichtig hält. Die pharmazeutische Forschung ist für die Aufrechterhaltung der Gesundheit der Bevölkerung unverzichtbar. Eine Intensivierung und Verbesserung der Forschung wollen wir unterstützen. Es ist unbestritten, daß die Verlängerung des Patentschutzes, die die Unternehmen vor zu schnellen Nachahmerprodukten schützen soll, ein durchaus wichtiger Vorschlag ist, der sorgfältig geprüft werden muß. Aber was bedeutet im Zusammenhang mit Hilfen zur Intensivierung der Forschung eigentlich die Feststellung, die beste Hilfe sei, der Arzt solle unbeirrt vom KVKG, Transparenzlisten und Empfehlungen der Krankenkassen verordnen können, was er wünsche? Wer hindert eigentlich die Ärzte, dieses zu tun?

Jeder Arzt kann das verordnen, was er zur Wiederherstellung der Gesundheit des Patienten für erforderlich hält. So ist die Gesetzeslage.

Entgegenstehende Behauptungen der Pharma-Industrie erwecken den Eindruck, daß diese der Zweckpropaganda einiger Ärzte-Verbände aufgesessen ist. Ein bedauerliches Ergebnis insbesondere dann, wenn man weiß, daß sie diese Propaganda mit nicht unbedeutlichen Mitteln finanziert hat.

(-/17.5.1978/ks/lo)

"Deutschland, Du sollst die Ermordeten nicht und nicht die Mörder vergessen!"

Notwendige Konsequenzen aus den jüngsten SS-"Traditions"-Treffen

Von Klaus Thüsing MdB

Wie schon seit Jahren trafen sich auch in diesem Jahr am Pfingstwochenende ehemalige Angehörige der Waffen-SS Division "Leibstandarte Adolf Hitler" und "Hitler-Jugend" in Nassau an der Lahn. Gegen das Treffen organisierte die örtliche SPD eine Demonstration mit rund 300 meist jugendlichen Teilnehmern. Nicht dagegen wurde protestiert, daß sich Menschen zu einem Kameradschaftstreffen zusammenfinden, die im zweiten Weltkrieg ein gemeinsames Schicksal hatten, sondern dagegen, daß mit Hilfe der SS-Traditionsverbände und ihrer Treffen - im Jahre 1977 waren es über 80 - der Nazismus wieder gesellschaftsfähig gemacht werden soll, als dessen Elite sich die ehemaligen SS-Angehörigen wohl noch immer und erneut begreifen. Die Nazizeit wird heroisiert, die Verbrechen als böse Erfahrungen dargestellt.

Was aber war dies für eine Elite, was war der Zweck des Ordens und Zweckverbandes, 1929 als "Hitlers Schwarze Leibgarde" gegründet, wurde die SS zum Hauptinstrument der Errichtung eines deutsch-rassischen Herrschaftssystems. Finanzkräftige Mitglieder, in der schwarzen Uniform der neuen Elitemenschen, förderten in der allgemeinen SS den Aufbau der SS-Verfügungstruppen (später Waffen-SS) und der SS-Totenkopf-Standarten, die wesentlich das Mordhandwerk in den Konzentrationslagern versahen. Beide SS-Verbände unterstanden aber dem SS-Hauptamt in Berlin, dem auch das SS-Wirtschaftshauptverwaltungsamt - verantwortlich für alle KZ - angegliedert war. Ab 1940 galt die Bezeichnung Waffen-SS immer mehr für die gesamte SS. Außerdem gab es vielfältige persönliche Verbindungen und Karrieren zwischen und in den beiden SS-Verbänden, und einige der berühmtesten SS-Massenmörder wie der SS-Hauptsturmführer Höhn, SS-Sturmbannführer Fäßbender und der SS-Standartenführer Koch (Kommandant des KZ-Buchenwald) dienten sowohl in der Waffen-SS als auch in den SS-Totenkopf-Standarten. Der seit Jahren unternommene Versuch der SS-Traditionsverbände, die Waffen-SS als Teil der deutschen Wehrmacht darzustellen, der mit den KZ-Morden nichts zu tun gehabt habe, hat mit der historischen Wahrheit nichts zu tun.

Außerdem haben die Einheiten der Waffen-SS und insbesondere die "Leibstandarte Adolf Hitler" auch im Rahmen ihrer Kriegseinsätze eine Fülle von Verbrechen begangen. Schon nach der Eroberung Polens hatte die deutsche Heeresleitung eine Dokumentation mit den Kriegsverbrechen der Waffen-SS zusammengestellt. 1968 wurden z.B. vor dem Schwurgericht in Osnabrück eine Reihe von Angehörigen der "Leibstandarte" wegen gemeinschaftlich begangenen Mordes verurteilt. Die ehemaligen SS-Angehörigen hatten 1943 in Oberitalien "freiwillig" Jagd auf zum Teil aus Griechenland geflüchtete jüdische Familien gemacht, die in Hotels oder Privathäusern am Lago Maggiore wohnten.

All das hindert die ehemaligen SS-Angehörigen nicht daran, ihre angeblichen Ideale auch der heutigen Jugend anzupfehlen und über sich selbst zu schreiben, daß die SS "die Avantgarde eines freien und demokratischen Europas war und bleiben wird". Doch dieses Herrenregiment der nationalsozialistischen Elite hinterließ in Europa eine blutige Spur. Selbst dressiert und gedrillt, wurden sie auf die losgelassen, die in ihren Augen "Untermenschen" waren. Ihren Truppen folgten die Einsatzkommandos des SD, ebenfalls ein Teil der SS. Die "Derwische des Nationalsozialismus" wie Eugen Kogon die SS bezeichnet hat, propagierten "Glaube, Wille, Haltung" als Ideale; ihr Glaube war blind, ihr Wille war nur gegen andere gerichtet, und ihre Haltung war allenfalls stramm. Ihr

blinder Kampffanatismus hat mit Soldatentugenden nichts zu tun, Eugen Kogon schrieb in seinem Werk "Der SS-Staat": "Wer bei diesen Leuten bloß deshalb, weil sie als SS-Landsknechte mit ungeprüften nationalistischen Vorstellungen das Metier des Berufssoldaten ausübten, von Kultur sprechen will, hat keine Ahnung, was Kultur des Verstandes, des Herzens und des Charakters eigentlich ist". "Unsere Ehre heißt Treue", sagte die SS, und sie war ihrem Mordhandwerk treu bis zum Ende.

Die SS-Ideale haben in einem freien und demokratischen Europa keinen Platz. Es gibt gar nichts, was an der SS vorbildlich, nachahmenswert wäre. Die Erinnerung an die Ermordeten, Gequälten und Entrechteten ist wichtig auch für die heutige Politik. Es gibt keine Entschuldigung mehr für niemanden, nicht Widerstand zu leisten gegen den alten Geist, der sich allenthalben wieder regt.

Insbesondere die politischen Parteien, denen das Thema Nationalsozialismus oft lästig und unbequem geworden ist und deren Widerstand nicht mehr die alte politische und moralische Kraft hat, müssen sich wehren gegen die Strategie der Rehabilitierung - heute noch als "Differenzierung" getarnt - und Heroisierung des Nazismus, eine Strategie, die zunehmend die der Verdrängung und des Vergessens ablöst. Gefordert werden muß insbesondere:

- eine stärkere Beschäftigung mit dem deutschen Faschismus der Vergangenheit und Gegenwart in allen Bildungseinrichtungen und den Medien sowie der Geschichte des Widerstandes und der Befreiung,
- ein Ende der Verharmlosung des Neonazismus und Rechtsradikalismus auch in offiziellen Regierungsdokumenten und -äußerungen wie dem Verfassungsschutzbericht,
- eine politische Diskussion darüber, weshalb gegen die Verantwortlichen für die "Endlösung der Judenfrage" in Frankreich und Belgien Lischka, Ehlers, Canaris, Asche die Hauptverfahren nicht eröffnet werden und die Eröffnung der Verfahren bei anderen Exzeßmördern von Gerichten abgelehnt wurde sowie eine Erörterung der Skandale in laufenden Verfahren wie dem Maidanek-Prozeß in Düsseldorf,
- ein Verbot der neonazistischen Literatur und der unter dem Deckmantel der Dokumentation auch von etablierten Verlagen herausgegebenen Nazipropaganda,
- eine energische Strafverfolgung der Straftaten neonazistischer Rechtsbrecher,
- ein Verbot der SS-Traditionsverbände und anderer Organisationen,
- Entlassung aller Soldaten der Bundeswehr, die an SS-Treffen teilnehmen,
- Ausschlußverfahren gegen Mitglieder demokratischer Parteien, die an SS-Treffen und sonstigen nazistischen Aktivitäten teilnehmen.

Die Opfer des Nationalsozialismus und seiner Schergen können nicht mehr sprechen. Sie verpflichten uns aber, das zu wahren und zu verteidigen, was der Leitgedanke des Grundgesetzes ist: die Würde des Menschen. Dazu können die SS-Traditionsverbände keinen Beitrag leisten, sondern nur diejenigen, die erkannt und gelernt haben - auch wenn sie damals selbst verblindet, verführt und mißbraucht waren. (-/17.5.1978/hi/lo)